

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 und 0. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg. Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

5/82  
25. März

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

## Hochschulrahmenplan

# Folgen für Etat der Uni nicht abzusehen

## Keine 30-Millionen-Mark-Rate für das BIS

Noch nicht abzusehen sind die Konsequenzen für den Universitäts-haushalt, nachdem die zweite Rate für den Aufbau des Büchergrundbestandes der Bibliothek in Höhe von 30 Millionen Mark entgegen ausdrücklichen Versprechungen der Landesregierung nicht für die Hochschulrahmenplanung angemeldet sind. Nach Aussagen der Bibliothek müssen bereits 1984 drei Millionen Mark aus dem Sachetat der Universität - der Titelgruppe 71 - finanziert werden, um nur den laufenden Bedarf zu decken. Das entspricht ziemlich genau der Summe, die zur Zeit insgesamt für Lehre und Forschung in der Titelgruppe 71 zur Verfügung steht.

Bisher konnte und kann die Universität Bücher und Zeitschriften aus Mitteln der Hochschulbaugesellschaft (HBG) finanzieren. Diese Mittel wurden zur Verfügung gestellt, um einen Büchergrundbestand aufzubauen, der die Bezeichnung Universitätsbibliothek verdient. Daß allerdings die erste Rate von ebenfalls 30 Millionen Mark, die spätestens Ende nächsten Jahres verbraucht sein dürfte, dafür nicht ausreichen wird, wurde bisher von niemandem bezweifelt - auch vom Wissenschaftsministerium nicht. Noch Anfang letzten Jahres erhielt die Universität ein vom damaligen Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel unterzeichnetes Schreiben, in dem es hieß: „Da eine angemessene Ausstattung Ihrer Universitätsbibliothek mit Büchern unbedingt erforderlich ist, kann mit dem in 10. Rahmenplan nach dem HBFG vorgesehenen Mitteln der Aufbau Ihrer Bibliothek nicht beendet sein. Es ist daher für die Landes-anmeldung zum 11. Rahmenplan ein zweiter Beschaffungsabschnitt des Büchergrundbestandes vorgesehen. Hierfür werde ich mich bei den voraussichtlich im Sommer 1981 anstehenden Entscheidungen über den Inhalt der Landes-anmeldung zum 11. Rahmenplan einsetzen.“

Jetzt ist davon nicht mehr die Rede. Die Pläne der Regierung weisen keine Mark für den Büchergrundbestand auf, wobei allerdings bei einer positiven Entscheidung des Kabinetts noch keineswegs sicher wäre, ob die Mittel auch tatsächlich zur Verfügung gestellt würden. Denn der Bund, der 50 Prozent der Hochschulbaukosten tragen soll, ist fest entschlossen, sich

soweit wie möglich aus dem Hochschulbau herauszuziehen. Insofern ist die Aussage der Regierung, die zweite Rate mit in mögliche spätere Anmeldungen aufzunehmen, kein Trost. Denn je mehr Zeit ins Land geht, desto geringer werden die Chancen, auch nur einen Bruchteil der vorgesehenen 30 Millionen Mark zu sichern.

Auf jeden Fall wird die Universitätsbibliothek schon bei erheblichen Abstrichen der bisher fest eingeplanten Mittel in ihrem Aufbau auf halbem Wege stecken bleiben. Als Büchergrundbestand war die Anschaffung von 1,5 Millionen Bänden anvisiert, das Volumen der Zeitschriftenabonnements sollte sich bei 9.000 einpendeln. Tatsächlich stehen in den Regalen der Bibliothek jetzt 600.000 Bände und 4.800 Zeitschriften. Allein die Zeitschriften verschlingen jährlich 1,2 Millionen Mark. gh

## Spareffekt

Man kann sagen, was man will. Wenn die Landesregierung spart, packt sie das Problem an der Wurzel. Denn es sind ja nicht nur die 30 Millionen Mark, die dem Rotstift zum Opfer fallen. Stellenanforderungen des BIS werden hinfällig, weil der Arbeitsanfall erheblich geringer sein wird, was vielleicht auch noch Appetit auf Stellenstreichungen macht. Ebenso leuchtet ein, daß der Raumbedarf überprüft werden muß. Gerade noch rechtzeitig könnte der BIS-Neubau am Uhlhornsweg so eine Umwidmung erfahren. Vielleicht ist dort der langgehegte Wunsch der Sportwissenschaftler nach einer Eisbahn zu realisieren. gh

## Neuer Dekan im Fachbereich 8

Am 1. April wird Prof. Dr. Klaus Hirsch (Bild) neuer Dekan im Fachbereich 8 (Physik). Hirsch löst Prof. Dr. Karlheinz Maier ab, der nach einjähriger Tätigkeit von seinem Amt wegen Arbeitsüberlastung zurücktrat. Hirsch (40) wurde im Herbst 1978 an die Universität Oldenburg berufen. Vorher war er wissenschaftlicher Assistent im dritten Physikalischen Institut der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkt des Physiklers ist die Holographie.



## Kosmonautin in der Universität

Am 8. März suchte die sowjetische Kosmonautin Valentina Tereschkowa im Rahmen ihres Oldenburg-Aufenthaltes auch die Universität. Dabei besichtigte sie u.a. auf dem Standort Wechloy das Energielabor. Frau Tereschkowa, die sich als erste Frau der Welt 1963 in den Weltraum schießen ließ, hat heute in der UdSSR zahlreiche Funktionen: U.a. ist sie Mitglied im Obersten Sowjet und im Zentralkomitee der KPDSU.



## Ossietzky-Tage '82

# Militärische Einflüsse

Das Programm für die Ossietzky-Tage 1982 am 3. und 4. Mai mit dem Titel „Militärische Einflüsse auf die Wissenschaft und militärische Anwendung ihrer Ergebnisse“ nimmt feste Strukturen an. Am Vormittag des 4. Mai wird Professor Dr. Armin Herrmann (Stuttgart) über das Thema „Entwicklung und Einsatz der wissenschaftlichen Waffen in der Zeit der Weltkriege“ sprechen. Über „Erkenntnistheoretische Aspekte des Verhältnisses von Wissenschaft und Militär“ hält Otto Ullrich (Berlin) einen Vortrag. Am Nachmittag werden drei Arbeitsgruppen gebildet, für die mehrere auswärtige Referenten und jeweils ein Co-Referent aus der Universität Oldenburg gewonnen wurden. Arbeitsgruppe A: Biologie/Chemie/Pharmalogie. Arbeitsgruppe B: Mathematik/Physik/Informatik. Arbeitsgruppe C: Psycholo-

gie, Verhaltensforschung, Medizin.

Mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Perspektive einer Friedens- und Sicherheitspolitik“ soll das Symposium beschlossen werden. Podiumsteilnehmer sind Generalmajor a.D. Gerd Bastian (Würzburg), Andreas Zumach von der Aktion Sühnezeichen (Berlin), das Mitglied des Verteidigungsausschusses Horst Jungmann (SPD) und ein noch nicht benannter Vertreter der CDU. Am Abend zuvor - am 3. Mai - findet eine weitere Veranstaltung u.a. mit dem Frankfurter Professor Dr. Walter Fabian, einem Autor der „Weltbühne“ und Mitstreiter Ossietzkys, statt. Fabian will über seine Begegnungen mit Ossietzky und über die Bedeutung des Friedensnobelpreisträgers auch für die heutige Zeit sprechen.

## Freitag im neuen Landtag

Professor Dr.

Hans-Ludwig Freytag, Hochschullehrer im Fachbereich 3, wurde als FDP-Kandidat in den neuen Landtag gewählt. Freytag ist nach dem Historiker Professor Dr. Joist Grolle, der Hamburger Schulsektor ist und niedersächsischer Wissenschaftsminister war, der zweite Oldenburger Hochschullehrer, der sich erfolgreich in der Landespolitik engagiert. In seinem Wahlkreis Oldenburg-Land kam die FDP auf 12,6 Prozent gegenüber 9,4 Prozent 1978.



Freytag kümmert sich insbesondere um die Wirtschaftspolitik seiner Partei. Hier liegen auch die Schwerpunkte seiner Forschungen. U.a. leitet er ein vom Bundesforschungsministerium finanziertes Projekt „Bedingungsstrukturen kleinerer und mittlerer Unternehmen in peripheren, strukturschwachen Regionen“.

# Hochschulpolitische Gruppen gegen disziplinarische Vorermittlungen

## Weisung des Wissenschaftsministers im Fall Heike Fleßner kritisiert

Die Weisung des Niedersächsischen Wissenschaftsministers an die Universität Oldenburg, gegen die Studienleiterin im Fachbereich 1, Dr. Heike Fleßner, Vorermittlungen wegen ihrer Kandidatur für die DKP bei den Kommunalwahlen im Herbst vergangenen Jahres zu führen, ist in der Universität auf breite Ablehnung gestoßen. Bei einem Treffen der hochschulpolitischen Gruppierungen sprach sich die Mehrheit dafür aus zu überprüfen, ob die Weisung des Ministers überhaupt rechtens ist.

Inzwischen liegt eine Stellungnahme der Professoren Dr. Thomas Blanke und Dr. Dieter Sterzel vor. Darin bezweifeln die beiden Juristen u.a. die Bindungswirkung des sogenannten Peter-Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, weil dieses Urteil weit über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Radikalerlaß aus dem Jahre 1975 hinausgehe. Auf das Peter-Urteil hatte sich der Wissenschaftsminister bei seiner Weisung an den Präsidenten berufen und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die disziplinarischen Vorermittlungen gegen Frau Fleßner auf dieser Basis zu erfolgen hätten. Der Präsident soll dem Minister bis zum 21. April über das Ergebnis seiner Vorermittlungen berichten.



Der Fall Heike Fleßner ist der erste einer Reihe von weiteren Fällen, die wahrscheinlich folgen werden. Ende 1981 hatte nämlich die Landesregierung nach einer Initiative des Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes angekündigt, sie werde gegen 23 Beamte, die als DKP-Kandidaten bei den Kommunalwahlen aufgetreten seien, disziplinarische Vorermittlungen ergreifen. Dies gelte auch für einen Beamten, der für die NPD kandidiert habe. Schon die Ankündigung hatte die Gremien der Universität auf den Plan gerufen. Der Fachbereichsrat 1, der

Senat und das Konzil lehnten in einstimmigen bzw. mit großen Mehrheiten gefaßten Beschlüssen die Haltung der Landesregierung ab - u.a. mit der Begründung, daß disziplinarische Maßnahmen gegen Beamte und Angestellte, denen allein ihre Kandidatur für die DKP vorgeworfen werde, nach wie vor verfassungsrechtlich bedenklich seien. Fachbereichsrat und Senat stellten fest, das angekündigte Disziplinarverfahren würde im Ausland erneut Zweifel an der Verankerung demokratischer Prinzipien in der Bundesrepublik Deutschland nähren. Im Innern würden sich die schon vielfach vorfindbaren Ängste vor politischen Auseinandersetzungen noch weiter vergrößern und die bei vielen Jugendlichen verbreitete Entfremdung von der politischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland verstärken. Gerade diejenigen, die mit den politischen Zielen der DKP nicht übereinstimmen, befürchteten, daß die notwendige politische Auseinandersetzung mit der DKP durch solche Maßnahmen erheblich erschwert werde. Über die Betroffene heißt es wörtlich: „Frau Dr. Fleßner ist seit mehr als zehn Jahren an der Universität bzw. vorher an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg tätig. Ihre Arbeit in Lehre und Forschung gibt keinen Anlaß für disziplinarische Maßnahmen. Inzwischen hat auch der GEW-Landesverband Niedersachsen unter der Überschrift „Die niedersächsischen Landesregierung will das passi-

ve Wahlrecht einschränken“ eine Unterschriftensammlung gegen „eine weitere Verschärfung der Berufsverbotspraxis in Niedersachsen“ gestartet. Ihr Vorsitzender Dieter Galas erklärte dazu, der GEW-Aufruf bedeute keine Identifizierung mit den politischen Auffassungen der DKP. Politische Auseinandersetzungen dürfen aber nicht administrativ, sondern müßten politisch geführt werden.

Auch die SPD und FDP hatten die Haltung der Landesregierung kritisiert. Der rechtspolitische Sprecher der FDP, der Stader Rechtsanwalt Fischer, sah in der Dierkes-Initiative einen Beleg für die Illiberalität der CDU. gh

## Keine neuen Stellen für die Hochschulen

In der gesamten Landesverwaltung soll es im kommenden Jahr keine einzige neue Stelle geben. Keine Anerkennung fanden damit im Kabinett auch die Forderungen aus dem Wissenschaftsministerium für die Einrichtung von 120 neuen Stellen im Hochschulbereich.

## 3. Studienabschnitt: Zuordnungen für die Schule

Am 15. April veröffentlicht das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) den vorläufigen Zuordnungsvorschlag (VZV) für das unterrichtspraktische Halbjahr, das für den dritten Studienabschnitt am 1. Februar 1983 beginnt. Eine Informationsveranstaltung, bei der Formulare für Änderungswünsche ausgegeben werden, beginnt am 23. April um 14.00 im Hörsaal B.

# Bevölkerungswachstum muß nicht zum erhöhten Heizungsenergiebedarf führen

## Oldenburger Untersuchung zu Energiesparmaßnahmen im Nordwestraum

Bevölkerungswachstum und ein weiterer Anstieg der durchschnittlichen Wohnungsgröße müssen nicht notwendig zu erhöhtem Heizungsenergiebedarf führen. Im Gegenteil. Wenn alle wirtschaftlichen Energieeinsparungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, kann mit sinkendem Heizungsenergiebedarf gerechnet werden. Diese Auffassung vertritt der Oldenburger Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Wolfgang Pfaffenberger, der an der Universität das Forschungsprojekt „Energieeinsparung und Wirtschaftspolitik“ leitet und jetzt erste Ergebnisse einer Umfrage in 4000 Haushalten der Weser-Ems-Region über energiesparende Maßnahmen im Wohnbereich vorlegt. Danach kann der Heizungsenergiebedarf, so Pfaffenberger, im Nordwestraum von derzeit etwa 900.000 Tonnen Öl auf knapp 400.000 reduziert werden. Insgesamt sind nach den Untersuchungen des Projektes seit der Ökriese 1973/74 im großen Umfang Energiesparmaßnahmen von den Haushalten vorgenommen worden. Insbesondere konzentrierten sie sich auf die Bereiche der Isolierverglasung und der Heizkörperthermostate. In den Jahren 1973 - 1980 wurden in 39 Prozent aller Wohnungen Isolierverglasungen vorgenommen, was nach Pfaffenberger allerdings nicht allein mit Energiesparmotiven zu erklären sei. Lärmschutz und Verbesserung des Raumklimas durch Verminderung von Zugluft spielten bei dieser Investitionsentscheidung eine erhebliche Rolle.

31 Prozent der Haushalte ließen sich Heizungsthermostate einbauen. Immerhin noch in 19 Prozent der Wohnungen wurde eine Wärmedämmung des Daches bzw. der obersten Geschosdecke vorgenommen. Die wirkungsvollste Energieeinsparungsmöglichkeit, die Dämmung der Außenwände, nutzten nur neun Prozent der Haushalte. Diese vergleichsweise geringe Beachtung deutet nach Pfaffenberger darauf hin, daß im allgemeinen der Informationsstand über effektive Maßnahmen nicht aus-

reichende. Denn auch in den Jahren 1980 bis 1982 planten lediglich neun Prozent die Außenwanddämmung, während Isolierverglasung (23 Prozent) und Wärmedämmung von Dach und Decke (17 Prozent) weiter oben stünden.

Fast die Hälfte der Besitzer von Eigenheimen und Wohnungen plante für 1980 bis 1982 keinerlei Maßnahmen. Vor allem von ungelerten Arbeitern und Rentnern wurde dies mit mangelnden finanziellen Mitteln begründet. Pfaffenberger wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die staatlichen Förderungsmaßnahmen - Zuschüsse und Steuererleichterungen - besonders von höheren Angestellten und Beamten ausgeschöpft worden seien und werden. Ungelernte Arbeiter und Rentner hätten dagegen vergleichsweise selten staatliche Förderungen in Anspruch genommen. Um derart unerwünschte Verteilungseffekte zu vermeiden, müsse das Förderungsinstrumentarium mehr nach sozialen Gesichtspunkten ausgerichtet werden, zumal der Anteil für Energieausgaben umso höher liege, je niedriger das Haushaltseinkommen sei. Bei gering verdienenden Haushalten betrage es zum Teil über zehn Prozent.

Ursache dafür ist u.a. auch die Tatsache, daß am seltensten Energiesparinvestitionen in großen Mietwohnblocks getätigt werden, in denen vor allem Familien mit unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen leben. Insgesamt neigen Wohnungsvermieter oder entsprechende Gesellschaften erheblich weniger dazu, für Energieeinsparungen etwas zu tun. Im Eigenheimbereich ist der Anteil der Wohnungen mit Energiesparinvestitionen rund doppelt so hoch wie im Mietwohnsektor.

## Weitere Ergebnisse der Untersuchungen

Der Anteil der mit Gas heizenden Haushalte hat sich in den 70er Jahren deutlich vergrößert. In der Weser-Ems-Region stieg er in den Jahren

1972 bis 1980 von 25 auf fast 60 Prozent, der Anteil der Ölheizungen ist dagegen auf unter 30 Prozent gesunken. In diesen Veränderungen des Heizungssystems liegt eine wesentliche Ursache für den Rückgang des Ölverbrauchs. Die Anschaffung neuer Gasheizungen hat - angesichts der Kosten - darüber hinaus zur Folge, daß größere Änderungen im Heizungsbereich (z.B. Einbau von Wärmepumpen) erst in fernerer Zukunft erfolgen können.

Die wesentlichen großen elektrischen Haushaltsgeräte wie Waschmaschine, E-Herd, Kühlschrank und Gefriergerät sind in 75 bis 98 Prozent aller Haushalte zu finden. Ausnahmen bilden Geschirrspülmaschinen und elektrische Wäschetrockner. Sie sind bislang nur in 23 bzw. 13 Prozent der Haushalte vorhanden. Insgesamt ist aufgrund des erreichten Ausstattungsgrades der Haushalte damit zu rechnen, daß sich der Elektrizitätsverbrauch für stromspeisige Verwendungszwecke rasch einem Sättigungszustand nähert. In diese Richtung wirkt auch der Austausch älterer Haushaltsgeräte durch neue mit verbesserter Energienutzung.

Sofern eine Badewanne vorhanden ist, werden wöchentlich pro Person ein bis zwei Bäder genommen. Dort, wo eine Duschmöglichkeit besteht, wird im Wochendurchschnitt ein- bis dreimal pro Person geduscht. Für das Baden wie für das Duschen gilt, daß mit wachsender Haushaltsgröße die Zahl der Pro-Kopf-Bäder und -Duschen sinkt. Gegenüber früheren Untersuchungen sind grundlegende Veränderungen in den Dusch- und Baderewohnheiten nicht erkennbar. Mit der Umstellung der Heizung auf Gas war vielfach auch eine Umstellung der Warmwasserversorgung auf Gas zu Lasten von Strom und Öl verbunden. Die Haushalte haben damit der Tatsache Rechnung getragen, daß der Wärmepreis des Erdgases unter dem anderer Energieträger lag. Weniger häufig hat eine derartige Umstellung der Warmwasserversorgung in Mietwohnungen stattgefunden. Hier dominiert nach wie vor eindeutig die dezentrale Warmwasserbereitung mit Hilfe von Strom.

gh

## Chemisches Institut nach Oldenburg

In einem Schreiben hat Oldenburgs Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth eindringlich an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht appelliert, im Interesse der Nordwest-Region seinen Einfluß zugunsten einer Ansiedlung des geplanten Instituts für Elektrochemie in Oldenburg geltend zu machen. Niewerth wies in diesem Zusammenhang auf das seit Jahrzehnten bestehende Süd-Nord-Gefälle im wissenschaftlichen Bereich im Land Niedersachsen hin. Nachdem zunächst der niedersächsische Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens dem Standort Oldenburg gute Chancen eingeräumt hatte, ließ es später in Zeitungsmeldungen, die Entscheidung sei zugunsten Braunschweigs gefallen.

## Neue Regeln für die Lehramtsprüfung

Neue Zulassungsvoraussetzungen bei der ersten staatlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien in Oldenburg hat der Niedersächsische Kultusminister mit Erlaß vom 16. Februar in den Fächern Deutsch, Biologie, Geschichte, Chemie, Sozialkunde, Physik, Englisch, Kunst, Mathematik und Musik festgelegt. Sie gelten übergangsweise ab sofort, bis neue Zulassungsvoraussetzungen und inhaltliche Prüfungsanforderungen als Anlage der Prüfungsordnung durch einen Erlaß geregelt werden, der nach Abschluß der Arbeit der Studienreformkommission zu erwarten ist. Merkblätter für die neuen Zulassungsvoraussetzungen in den einzelnen Fächern sind bei den Fachbereichsgeschäftsstellen zu erhalten.

## Methodische Fragwürdigkeiten und erhebliche Fehler

### Professor Ströbele kritisierte Energieprogramm

Im niedersächsischen Energieprogramm 1980 sind starke methodische Fragwürdigkeiten und erhebliche Fehler enthalten, die eine Überarbeitung des Programms dringend erforderlich machen. Diese Auffassung vertritt der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Dr. habil. Wolfgang Ströbele (Universität Oldenburg) in einem anläßlich der Oldenburger Wirtschaftsgespräche zum Thema „Energiezukunft“ gehaltenen Vortrag, der demnächst veröffentlicht wird. Nach Ströbele ist der prognostizierte Energiebedarf durch die Landesregierung viel zu hoch angesetzt.

Der Wirtschaftswissenschaftler begründete seine These u.a. damit, daß das Energieprogramm Einsparungsmöglichkeiten zwar stark hervorhebe, die prognostizierten Zahlen für 1990 jedoch davon nicht beeinflusst würden. Ebenso werde bei den regenerativen Energiequellen verfahren wie Strohhöfen, Holzschnitzelfeuerungen, Bio-Gas etc. Diese Energiequellen, so Ströbele, würden zwar auch detailliert behandelt, ihr wirtschaftliches Potential aber werde nicht in die Prognose aufgenommen, obwohl es immerhin eine Millionen Tonnen Steinkohlleinheiten (SKE) betrage - mehr als die heute in ganz Niedersachsen gelieferte Fernwärme. Weiter kritisierte Ströbele, daß die Strombedarfsprognose für 1990 nur

dadurch auf so hohe Verbraucherzuwächse komme, weil die energieintensive Grundstoff- und Produktionsindustrie - laut Programm - extrem wachsen solle. Diese Industrie biete aber in Relation zu anderen industriellen Branchen die geringste Zahl an Arbeitsplätzen.

Als größten Fehler machte Ströbele die falsche Berechnung der Stromerzeugungskapazitäten aus. So seien bei den Berechnungen für 1978 die vorhandenen Industriekraftwerke mit einer Leistung von 1600 Megawatt (MW) einfach „vergessen“ worden.

Abschließend meinte der Wirtschaftswissenschaftler, bei einer sehr konservativen Rechnung mit korrekten Soll- und Ist-Kapazitäten reiche eine Größenordnung der Stromerzeugungskapazität im Jahre 1990 von deutlich unter 13.000 MW aus. Damit erübrige sich der Bau von einem zusätzlichen Kernkraftwerk, wie es von der Landesregierung gefordert würde. Ein zusätzliches KKW würde für Niedersachsens Stromwirtschaft nur große und teure Überkapazitäten entstehen lassen, die letztlich zu Lasten des Verbrauchers gingen. Zur Zeit verfügt Niedersachsen über eine Stromerzeugungskapazität von 10.900 MW, die benötigte Kapazität liegt bei etwa 8.800 MW. 1990 soll die Kapazität - laut Energieprogramm - bei etwa 14.000 MW liegen.

## Kolloquium „Metapher“

Im Sommer wird das sprachwissenschaftliche Kolloquium, für das Prof. Dr. Joseph P. Calbert (FB 2) verantwortlich zeichnet, fortgesetzt. Im einzelnen sind folgende Vorträge, die von allen Interessierten besucht werden können, vorgesehen (alle Veranstaltungen finden jeweils um 14.00 im VG 406 statt).

Fr. 7.5.82 Prof. Dr. W. Paprotté (Uni Münster) „Metapherein - ein Prinzip kindlicher Bedeutungen“

Fr. 21.5.82 Prof. Dr. Gottwald (Uni Oldenburg) „Sprachspiele“ und psychologische Theorien: Ein Versuch über „Grenzen der Sprache“ (Eine funktionale Analyse einiger von L. Wittgenstein verwandter Metaphern der Sprache)

Fr. 28.5.82 Prof. Dr. Zimmer (Uni Münster) „Gibt es eine gemeinsame Erfahrung für „Hörer“, „Fühler“ und „Seher“?“ (Über den Zusammenhang zwischen subjektiver Realität und dem Sprechen darüber)

Fr. 4.6.82 Prof. Dr. G. Tracy (Uni of Western Ontario Kanada / Berlin) „Metaphern in der Musik“

Fr. 18.6.82 Prof. Dr. K. Gloy (Uni Oldenburg) „Deutungsschemata von Institutionen. Zur Pragmatik sozialer Topik“.

Fr. 2.7.82 Abschlusdiskussion: (Vorsitz: Prof. Calbert) „Metapher: Wirklichkeitsnähe oder Entfremdung der Wissenschaft“.

Soweit wie möglich sind Arbeitspapiere zu den Vorträgen jeweils eine Woche im voraus in der Fachbe-

reichsbibliothek des FB 2, VG 101, erhältlich. Nähere Auskünfte: Prof. Dr. Joseph P. Calbert, Tel.: 7982343.

## Keine Berufung gegen Brückner

Der Niedersächsische Wissenschaftsminister wird in dem Disziplinarverfahren gegen Professor Dr. Brückner gegen das Urteil der Disziplinarkammer bei dem Verwaltungsrichter Hannover vom 9.10.1981 keine Berufung bei dem Niedersächsischen Disziplinarhof einlegen.

## Stipendium

An deutsche Graduierte für das Studium am Europa-Kolleg Brügge, Belgien, vergibt der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung, Bachstraße 32, 5300 Bonn 1, Stipendien. Bewerbungsschluss: 30. April 1982.

## ZpB-Materialien

Das ZpB hat einen Prospekt herausgegeben, in dem alle noch vorräufigen Publikationen der verschiedenen Reihen angeboten werden. Die dort enthaltenen Preise gelten allerdings nur bei direkter Abholung beim ZpB (Verkaufszeiten: mittwochs und freitags 10.30 - 12.00, donnerstags 13.30 bis 16.00). Außerdem werden die ZpB-Publikationen auch über den „Versand Wissenschaftlicher Broschüren GmbH“, Butjadinger Straße 330, 29 Oldenburg, angeboten.

## WRK verpflichtet sich zur wissenschaftlichen Weiterbildung

„Weiterbildung ist nicht nur dringlich geworden, vielmehr ist es erforderlich, Weiterbildung in den Hochschulen und unter Mitwirkung der Hochschulen noch stärker als Aufgabe wahrzunehmen und die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.“ Zu dieser Beurteilung kommt die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) in einer jetzt verabschiedeten Stellungnahme mit dem Thema „Wissenschaftliche Hochschule und Weiterbildung“. Diese Arbeit entstand unter wesentlicher Mitwirkung des Vizepräsidenten der Oldenburger Universität, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, der auch Stellvertreter der Vorsitzenden des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung (AUE) ist.

Forschung und Lehre seien zwar die Hauptaufgabe der Universität und dürften nicht vernachlässigt werden; gleichwohl sei seit den fünfziger Jahren - zunächst an der Freien Universität Berlin und an der Universität Göttingen - die Erwachsenenbildung institutionalisiert worden, wobei die jeweilige Universität die inhaltliche Verantwortung getragen habe, die Veranstaltungen jedoch von den Einrichtungen der Erwachsenenbildung getragen worden wären.

Neuere Bemühungen konzentrieren sich nach der WRK-Beschreibung auf die weiterbildenden Studiengänge in den Hochschulen und die Weiterbildung des nichtwissenschaftlichen Personals der Universität. Sie stützen sich dabei auf Empfehlungen und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, des Deutschen Bildungsrates, des Wissenschaftsrates, den Bildungsgesamplan der Bund-Länder-Kommission und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW). Aktuelle gesetzliche Grundlagen wurden zudem durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) und die Landesgesetzgebungen geschaffen.

Nach der WRK-Studie sollen vier verschiedene Formen der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung unterschieden werden:

● Zusatzstudium in derselben Fachrichtung (z.B. Lehrer der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II),

● Ergänzungstudium in einer anderen Fachrichtung für eine ergänzende und vorrangig berufsbezogene Qualifikation (z.B. Gerichtsmediziner),

● Aufbaustudium zur wissenschaftlichen Vertiefung und Erweiterung des bisherigen Studiums auch in einer anderen Fachrichtung. Es soll „durch

engen Kontakt zur Forschung insbesondere den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs heranbilden“.

● Kontaktstudium kann sowohl in der Form von Studiengängen mit konkreten Abschlüssen als auch in kleineren Studieneinheiten angeboten werden, die vornehmlich dazu dienen, berufspraktische Erfahrungen zu konzentrieren sowie Spezialkenntnisse in bestimmten Bereichen zu vermitteln. Es soll die Möglichkeit bestehen, das Kontaktstudium neben der Berufstätigkeit zu absolvieren.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der wissenschaftlichen Weiterbildung im Sinne allgemeiner Erwachsenenbildung, für die die Hochschulen schon seit mehr als 20 Jahren Erfahrungen nachweisen können. Einen besonderen Stellenwert nehmen bei der Koordination die Zentren für wissenschaftliche Weiterbildung, so auch in Oldenburg, ein.

Die WRK verspricht sich von dieser Öffnung der Universitäten neue Impulse für die Lehrerfortbildung innerhalb des akademischen Unterrichts, andererseits „kann das Verhältnis für die Wissenschaft in der Öffentlichkeit verstärkt werden“.

ms

## Kolloquium für ausländische Studenten in Oldenburg

Erstmals findet im Sommersemester 1982 ein Kolloquium für Austauschstudenten und ausländische Studienanfänger an der Universität Oldenburg statt. Organisiert vom Akademischen Auslandsamt in Zusammenarbeit mit anderen Hochschuleinrichtungen werden sechs ein- bis zweistündige Diskussionsveranstaltungen, die jeweils durch kurze Referate eingeleitet werden, angeboten. Die Reihe beginnt am 21. April 1982, 15.00, VG 501, mit einer Einführung in das Bildungswesen der Bundesrepublik durch Dr. Klaus Winter.

Mit dieser Veranstaltungsreihe, die ab Wintersemester 1982/83 in ein Belegungsprogramm vor allem für Austauschstudenten integriert werden soll, wird die Absicht verfolgt, Probleme aus dem politischen, sozialen und kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland zu veranschaulichen.

Zur Zeit bestehen informelle Abkommen über einen Studentenaustausch mit der University of Lancaster und dem Newcastle Polytechnic sowie mit der Rijksuniversiteit te Groningen und dem Ubbo-Emmius-Institut für Lehrerbildung in Leeuwarden und Groningen. Im Rahmen dieser Austauschprogramme studierten im Wintersemester 1981/82 mehr als 30 englische und niederländische Studentinnen und Studenten an der Universität Oldenburg.

## „...recht verloren in der neuen Umgebung“

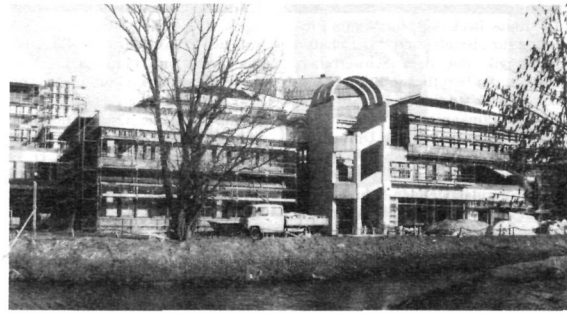
Als Teilnehmerinnen am „Einführungskurs für neue Mitarbeiter“, der vom 22. bis 26. Februar stattfand, wollen wir über unsere Erfahrungen berichten und zugleich einmal die Gelegenheit nutzen, das - von den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern wenig genutzte - „Uni-Info“ in Anspruch zu nehmen.

Das Programm des Kurses umfaßte Informationen über Aufgaben und Organisation der Uni sowie arbeits- und personalrechtliche Fragen und setzte sich aus Referaten und Besichtigungen zentraler Einrichtungen - Zetwa, BIS, Rechenzentrum, Pressestelle - zusammen.

Zu dem Kapitel „Aufgaben und Organisationsstruktur der Universität“ hätten wir uns eine detailliertere Vorstellung der Aufgaben der verschiedenen Dezernate und Fachbereichs-Geschäftsstellen gewünscht. - Welche Arbeit wird dort konkret geleistet? Wie sind die Arbeitsbedingungen?

Auch die Arbeit der Gremien hätte näher beleuchtet werden können durch die Behandlung aktueller Diskussionen. Der Besuch einer Senats- oder Fachbereichsratsitzung hätte sicherlich zur Veranschaulichung und zum besseren Verständnis beigetragen. Bei dem Thema „Arbeitsvertrag“ vermüßten wir die Behandlung der Frage, wie Tarifverträge zustande kommen bzw. gestaltet sind sowie aktuelle Tendenzen bei den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Das Referat hätte durch konkrete Konfliktfälle, die an der Universität vorkommen bzw. vorgekommen

## Offizieller Eröffnungstermin 15. Oktober



Pünktlich zum Wintersemester 1982 wird der neue Zentralbereich mit Mensa, Bibliothek und Schwimmbad sowie weiteren großzügigen Sportanlagen fertiggestellt sein. Der offizielle Eröffnungstermin steht auch fest: 15. Oktober 1982. Bereits im Juni beginnt der Umzug des BIS in die neuen Räume. Unser Bild zeigt den Zentralbereich von der Haarenniederung aus. Foto: Raether

## Keine Verfügungssperre

Die Universität sieht keinen Anlaß, „eine Verfügungssperre über das Vermögen der Studentenschaft der Universität Oldenburg zu verhängen“. Mit dieser Ablehnung reagierte sie auf ein Schreiben des Oldenburger CDU-Landtagsabgeordneten Josef Dierkes, der dem Vizepräsidenten der Universität, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, einen solchen Rat gegeben hatte. Dierkes hatte eine Presseerklärung des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTa) so interpretiert, daß dieses Organ der Verfaßten Studentenschaft einen Verstoß gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz plane: Um eine gesetzwidrige finanzielle Unterstützung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften zu unterbinden, sollte

nach seiner Meinung eine Verfügungssperre erlassen werden.

Die Universität begründete ihre Ablehnung einer Verfügungssperre damit, daß dieses Mittel rechtswidrig sei, weil es einen unverhältnismäßigen Eingriff darstelle. Zwar konzedierte sie, daß der ASTa die Verfügung, die VDS in ihrer allgemeinen politischen Arbeit nicht mehr zu unterstützen, politisch als „Knebelungsversuch“ ablehne, gleichwohl erwarte sie aber, daß der ASTa die VDS nur noch im Rahmen konkreter Einzelprojekte fördern werde.

Der ASTa wertete das Verhalten von Dierkes in einer Stellungnahme als „groben Einmischungsversuch in die Angelegenheiten der Universität“

sind, und weitere Diskussion und bestimmte Paragraphen wie z.B. des § 8 (Allgemeine Pflichten) des BAT vertieft werden können.

Gefehlt hat uns eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Universität, auch als Beispiel der Auswirkung bildungspolitischer Entscheidungen des Landes und des Bundes. Besonders gut gefallen hat uns die Vorstellung des Projektes „Versorgungsstrategien von Arbeiterhaushalten“, weil es einen Einblick in Problematik und Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit vermittelte. Ein gelungener Einstieg insofern, als konkret mit einem Fragebogen sozialwissenschaftliche Methoden ausprobiert wurden sowie „Sinn und Unsinn“, Möglichkeiten, Auswirkungen und Grenzen wissenschaftlicher Forschung diskutiert wurden.

Hierzu haben wir selten Gelegenheit, obwohl wir nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter dazu beitragen, daß die Aufgaben von Lehre und Forschung erfüllt werden können.

Entwicklungsstand und Möglichkeiten der inneruniversitären Weiterbildung wurden erläutert, wie und auf welcher Grundlage kommt ein Programm zustande? Wie wird ein Kurs geplant? usw. Dies wurde dargestellt und anhand einzelner Kurse diskutiert. Vermüßten haben wir ausführlichere Informationen über außeruniversitäre Weiterbildungsmöglichkeiten und eventuell über die Arbeit des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung.

Am letzten Tag gaben uns Mitglieder des Personalrats einen Einblick in ihre Arbeit. Sie erläuterten das Perso-

nalvertretungsgesetz und typische Schwierigkeiten bei ihrer Tätigkeit, zu welchen Problemen sie herangezogen und angesprochen werden oder auch nicht. Wir vermüßten aber eine Strukturierung der Darstellung, die uns als Neulingen den konkreten Aufgabenbereich des Personalrats und die Zusammenarbeit von Mitarbeitern und ihren gewählten Interessenvertretern deutlich gemacht hätte. Außerdem möchten wir dazu anregen, daß innerhalb dieses Kurses ein Vertreter der Dienststelle erscheint, um einen Teil der Anonymität - viele kennen weder den Präsidenten noch den Kanzler - innerhalb des Hauses abzubauen.

In den informellen Gesprächen, ein weiterer Teil unserer Erfahrungen in dieser Woche, bestätigte sich die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung. Die meisten Kollegen haben sonst kaum Gelegenheit, über ihren unmittelbaren Arbeitsbereich hinaus den „Betrieb“ - d.h. andere Einrichtungen, Arbeitsplätze, Bedingungen und schließlich andere Kollegen - kennenzulernen und sei es nur, daß sie wissen, daß Bibliothek und Sportanlagen auch den Mitarbeitern zur Benutzung offenstehen.

Die Einführungskurse sind unseres Erachtens allen neuen Mitarbeitern zu empfehlen, wozu auch gehört, daß die Information über diese Möglichkeiten der einzelnen Kollegen erreicht und die Vorgesetzten und Mit-Kollegen eine aufgeschlossene Haltung dazu haben. Der Besuch des Einführungskurses könnte aber auch für „alteingesessene“ Mitarbeiter interessant sein.

## Zwischenprüfung:

# Beschäftigungsprogramm für Studienreformbürokraten

Auf Initiative des Kultusministers ist es gelungen, die Studien- und Prüfungsreform in der Lehrerbildung versuchsweise als Beschäftigungsprogramm für Bürokraten in Ministerien und Hochschulen auszugestalten und dabei gleichzeitig die Prüfungskonjunktur kräftig anzuhetzen. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Der Versuch hat alle Erwartungen übertroffen, die unbefristete Fortsetzung scheint gesichert.

Es ist Mitarbeitern der Universität vergönnt gewesen, an einem Teilprogramm mitzuwirken, nämlich der Einführung von Zwischenprüfungen in den Gymnasial- und Berufsschulstudiengängen. Der Beschäftigungseffekt war außerordentlich, wie aus folgendem Bericht ersichtlich werden wird.

Mitte letzten Jahres schreibt der Wissenschaftsminister nach Oldenburg, die Universität solle ihm bis Mitte November eine Zwischenprüfungsordnung vorlegen. Die gemeinsame Kommission für Lehrerbildung (GKL) macht sich auch sofort ans Werk. Sie hat zwar etwas gegen Zwischenprüfungen, aber einem Wunsch des Ministers kann man halt nicht widerstehen. Die Studienreformkommissionen des Landes haben auch kräftig Vorarbeit geleistet und sind im September schon bis zum dritten Vorentwurf einer Musterprüfungsordnung gediehen. Diesen Vorentwurf nimmt sich die GKL vor, verändert und ergänzt ihn, zeigt ihn den Fachbereichen zu Anfang des Wintersemesters.

Die vom Wissenschaftsminister gesetzte Frist naht, die gemeinsame Kommission will die Zwischenprüfungsordnung notgedrungen verabschieden, da verkündet der Wissenschaftsminister, daß die Hochschulordnung erst Mitte Februar vorzulegen brauchen. Und damit es leichter fällt, gibt er ihnen einen Mustervorschlag auf den Weg, natürlich einen anderen als die Studienreformkommissionen, aber nicht schlechter und nicht besser, nur dicker. Die Terminverschiebung ist zwar ein Versehen des Ministers, doch nachträglich erfährt der Lapsus eine Legitimation, weil auch der Minister noch nicht weiß, wer in der Hochschule die Ordnung beschließen darf. Die Juristen machen sich an die Klärung, sind kreativ und werden fündig im Übermaß. Das erste Ergebnis: Der Senat soll die GKL beauftragen. Eine Senatsvorlage wird angefertigt. Das zweite Ergebnis: Nicht der Senat, sondern die Fachbereiche haben die GKL zu beauftragen. Die Senatsvorlage wird eingestampft, eine Fachbereichsvorlage wird formuliert: Und die meisten Fachbereiche spielen mit, die GKL hat den Auftrag. Doch schon gibt es ein neues Ergebnis: Die Fachbereiche sollen nicht die GKL beauftragen, sondern eine besondere Kommission dafür wählen. Aber das Spiel macht keinen Spaß mehr, die Universität beläßt es bei der Kompe-

tenz der GKL, die nun weiter arbeitet und sich gegenüber den immer neuen Initiativen taubstellt: Der Minister erläßt eine neue Musterzwischenprüfungsordnung, die wieder etwas umfangreicher ist; die Studienreformkommissionen beraten weitere neue Vorentwürfe zu anderen Musterzwischenprüfungsordnungen; der Minister macht einen zaghaften Vorstoß zur Vereinheitlichung der vielen Musterzwischenprüfungsordnungen; der Minister plant eine Novellierung des NHG zur Klärung der Zuständigkeit für die Zwischenprüfungsordnungen. Unbehelligt davon verabschiedet die GKL schließlich ihre Zwischenprüfungsordnung nur zwei Tage nach der Frist und unabhängig davon ein Fachbereichsrat eine Gegenzwischenprüfungsordnung. Der Minister meint nun, die GKL dürfe das doch aber mit Erlaubnis des Senats.

Die Akte und der Akt scheint damit abgeschlossen. Aber Irrtum. Die Studienreformkommissionen melden sich, sie hätten jetzt ihre Musterzwischenprüfungsordnung verabschiedet, sie unterscheiden sich zwar von der Musterzwischenprüfungsordnung des Ministers, aber sie sollte berücksichtigt werden; im übrigen sollten die Fachbereiche die GKL beauftragen. Der Minister schreibt an alle Hochschulen, sie sollten ihre Ordnungen gefälligst bis Mitte Mai 1982 vorlegen. Der Minister schreibt noch einmal nach Oldenburg, die Ordnung läge jetzt vor, dies und das sei ganz schön, dies und das sei zu bemängeln, dies und das sei von der Universität zu ändern, und zwar hopp, hopp, hopp bis Mitte April, sonst... Dazu noch ein Anruf, daß auch dieses und jenes zu bemängeln sei, auch wenn der Minister das anders vorgeschlagen hätte, schließlich könne man seine Meinung ja auch ändern. Die Universität ist wieder im Geschäft. Ein neuer Ordner wird angelegt.

Aber die Träume gehen schon weiter: Bisher war das nur ein Vorspiel, es ging ja nur um eine vorläufige Zwischenprüfungsordnung, der natürlich eine (vorläufig) endgültige Zwischenprüfungsordnung folgen soll, wahrscheinlich schon in ein, zwei Jahren. Dann soll nämlich die (vorläufig) endgültige Studienreform zu ihrem Recht kommen, und dabei dürfen wir die endgültige Musterzwischenprüfungsordnung und die endgültigen Studienreformempfehlungen mit den endgültigen Musterstudienordnungen unter Berücksichtigung der geänderten Lehrprüfungsordnungen mit den endgültigen Tode reformierten Studieninhalten und den aufgeblaseneren Studienreglementierungen unter Einschluß des ganzen Müffs von tausend Jahren und der Technokratie von zehn Jahren verarbeiten. Damit es Spaß macht, wird der Minister auch diesmal für ein paar zusätzliche Schlenker gut sein...  
Hans-Jürgen Otto

Wir haben gesehen, daß die Informationslücken über den „Betrieb Universität“ sehr groß sind und wir neuen Mitarbeiter recht verloren in der neuen Umgebung stehen. Dieses Manko könnte zum Teil auch dadurch behoben werden, daß sich ältere Kollegen, die sich gut auskennen,

mehr um „die Neuen“ kümmern - und das nicht nur im eigenen Bereich - und zum Fragen ermuntern, wenn Unklarheiten auftauchen.

Birte Plutat, Anja Lausch, Ilse Frahm, Anna Meyer, Ingrid Koschneider.

**grünes Licht zum später zahlen**

- Geräte ohne Anzahlung sofort mitnehmen
- Erst nach 4 Monaten Kaufpreis zahlen (od. auch Teilzahlung anschließen)
- Nur 3 % Finanzierungskosten i. d. 4 Monate
- Das alles bietet unsere Hausbank

### WÖLTJE - Aktuell:

## CANON AE 1 - Gehäuse (Chrom)

mit dem beliebten Kurz-Zoom Soligor 3,3-4,5/28-55 mm. Ferner mit dem Computer-Blitz Hanimex TX 475 und mit einer passenden Universaltasche, die noch Zubehör wie Tele-Zoom 80-200 aufnehmen kann.

Solange Vorrat reicht.

**WÖLTJE-Tiefstpreis . . . alles kpl. nur 749.-**

Mit 14tägiger Tiefstpreis-Garantie und 14 Tage Umtauschrecht

### Alles für unsere Kunden



Heiligengeiststraße 6  
Achterstraße 34 und Lange Straße 20

## Informationen zur Z-Prüfung

Am 24. April findet um 14.00 im Hörsaal B der Universität eine Informationsveranstaltung zur „Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis“ statt. Veranstalter sind der Studentische Arbeitskreis Z-Prüfung, die Studienberatung und das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW).

## Autor für das Schulfernsehen

Im WDR-Schulfernsehen werden gegenwärtig zwei Schulfernsehreihen für den Arbeits- und Wirtschaftslehreunterricht gesendet, für die Prof. Dr. H. Kaminski von der Universität Oldenburg - er vertritt hier den Studiengang Arbeit/Wirtschaft - und sein Kollege Prof. Dr. F.J. Kaiser (Universität Paderborn) die Drehbücher und die Kontextmaterialien (Lehrer- und Schülerinformationen) geschrieben haben.

Es handelt sich einmal um die sechsteilige (à 15 Min.) Schulfernsehreihe „Entscheidungsprozesse im Haushalt“, in der Bestimmungsgründe des Konsumverhaltens untersucht werden und um die fünfteilige (à 30 Min.) Schulfernsehreihe „Der regionale Wirtschaftsraum“. In dieser Sendereihe werden für Schüler des 9. und 10. Schuljahres regionalökonomische Fragestellungen am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen entwickelt.

Die beiden Autoren, deren Schulfernsehrendungen schon mehrfach ausgezeichnet wurden, bereiten gegenwärtig eine neue vierteilige Schulfernsehreihe für Schüler des 9. und 10. Schuljahres vor. Diese setzt sich mit Problemen des Arbeitnehmers im Betrieb auseinander und wird vom WDR 1983 gesendet.

## Haarenfeld wird Einbahnstraße

Die Straße Haarenfeld, Zubringer zur Parkpalette der Universität, wurde von der Stadtverwaltung für etwa sechs Monate wegen umfassender Straßenbauarbeiten zur Einbahnstraße erklärt. Die Zufahrt wird für diese Zeit nur aus der Richtung Quellenweg/Bloherfelder Straße möglich sein. Die Abfahrt vom Gelände der Hochschule erfolgt in Richtung Ammerländer Heerstraße. Von der Verwaltung wird im Baustellenbereich um besondere Vorsicht gebeten, da es sich um eine „unechte“ Einbahnstraße handelt, da Radfahrer die Straße auch entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung passieren dürfen.

## Pflichtplätze für Schwerbeschädigte

Im Geschäftsbereich des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst sind 4,76 Prozent der Beschäftigten Schwerbeschädigte; die sogenannte Pflichtplatzquote beträgt sechs Prozent. Besonders im Hinblick auf die weiter ansteigende Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter nennt der Minister daher die Differenz „immer noch unbefriedigend“.

## Ausschreibung

Im Fachbereich Biologie ist demnächst eine auf vier (vier) Jahre befristete BAT IIA-Stelle „Didaktik der Biologie“ Kennziffer FB 7-56/15 wieder zu besetzen. Lehrer können bei Übernahme der Stelle aus dem Schuldienst beurlaubt werden. Bewerbungen sind bis zum 10. April 1982 unter Angabe der Kennziffer an den Dekan des FB Biologie zu richten.

## Personalien • Personalien • Personalien

Dr. Klaus Beck (40) wurde zum Professor für „Berufs- und Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt Theorie der beruflichen Bildung“ ernannt. Beck studierte nach Abschluss einer kaufmännischen Lehre Wirtschaftspädagogik an den Universitäten Mannheim und Berlin. Im Anschluss an das Referendariat für Lehrer an berufsbildenden Schulen war er im Fach Erziehungswissenschaft an der Mannheimer Universität tätig. Arbeitsschwerpunkte sind neben der Berufsbildungstheorie (Dissertation: „Bedingungsfaktoren der Berufstrennung“, Bad Heilbrunn 1976) Didaktik, Unterrichtsforschung und Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften.

Dr. Detlef Hoffmann (41) wurde auf die Professorenstelle Bildende Kunst berufen. Zuletzt war er als Professor für Kunstgeschichte an der Fachhochschule Hamburg tätig. Nach dem Studium der Kunstgeschichte, Archäologie und christlichen Archäologie promovierte er über Rethe's Karlfresken in Aachen. Danach beschäftigte er sich als Stipendiat der DFG mit der Kulturgeschichte der Spielkarten und ist seit 1973 im Nebenamt Leiter des Deutschen Spielkarten-Museums in Leinfelden-Echterdingen. Von 1971 bis 1981 war er als Mitarbeiter am Historischen Museum Frankfurt, zuletzt als Kustos, angestellt und war für die Abteilung Grafik, Medien und Spielzeug sowie für das Film-Museum verantwortlich. Hoffmann war an der viel diskutierten museumsdidaktischen Neukonzeption dieses Hauses und an vielen weithin beachteten Ausstellungen beteiligt.

Prof. Dr. habil. Wolfgang Ströbele, bisher Akademischer Rat im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover, wurde zum Professor für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftstheorie) ernannt. Strö-

bele studierte Mathematik und Volkswirtschaftslehre in Hannover, Stockholm und Göttingen. Nach dem Mathematik-Diplom im April 1972 arbeitete er an der Universität Hannover. Seine Dissertation beschäftigte sich mit einem Wachstumsmodellsimulationenmodell, das er im Rahmen der Mesarovic-Pestel-Studie „Menschheit am Wendepunkt“ (2. Bericht an den Club of Rome) entwickelte. Die zahlreichen Veröffentlichungen haben die Themenschwerpunkte Inflation und Makroökonomie, Energiepolitik und Theorie natürlicher Ressourcen. Ströbele ist Mitbegründer und auch künftig freier Mitarbeiter im Institut für Angewandte Systemforschung und Prognose (ISP).

Dr. Gerd Höpken, Dr. Gert Reich und Prof. Hartmut Sellin nahmen in Hannover im Rahmen der „didacta 82“ am Kongreß für Arbeitslehre mit mehreren Beiträgen teil.

Prof. Dr. Ulrich Mees, Psychologe im Fachbereich 5, fährt auf Einladung mehrerer Universitäten zu einem zehnwöchigen Forschungsaufenthalt nach Kalifornien; u.a. soll in San Diego ein in Oldenburg begonnenes Forschungsprojekt über „Lebensspannen-Rhythmen“ zu Ende geführt werden.

Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Fachbereich 3, nimmt vom 16. März bis 30. Juni 1982 eine Gastprofessur an der Universität Salzburg wahr.

Akash N. Patwari, Mitarbeiter im Regional Research Center Hyderabad (Indien) arbeitet als Stipendiat des DAAD über Dreiphasen-Wirbelreaktoren bei Prof. Dr. W.-D. Deckwer im Fachbereich 9 (Chemie).

Professor Dr. Heinrich Schmidt, Hochschullehrer für Sozialgeschichte des Mittelalters im Fachbereich 3, wurde von der Oldenburgischen

Landschaft mit der „Ehrengabe 1982“ ausgezeichnet. Schmidt wurde die Ehrengabe angesichts seiner Verdienste um die Erforschung und Darstellung der Landesgeschichte zuteil.

Dr. Peter Viebahn, Akademischer Obererrat im Fachbereich 5, wurde für den Bereich Pädagogische Psychologie die venia legendi im Rahmen eines Habilitationsverfahrens erteilt.

## Einstellungen als wissenschaftliche Angestellte

Karl Bockelmann im Forschungsvorhaben „Neue grenzüberschreitende Strategien zur Überwindung von Wachstums- und Beschäftigungsschwächen in peripheren Regionen“ (Prof. Dr. Freytag/Dr. J. Windelberg, Fachbereich 3)

Athanasios Lipowatz im Pilotprojekt „Amtliche Statistik im marktwirtschaftlich organisierten Industrieunternehmen“ (Dr. H.P. Litz, FB4) als externer Mitarbeiter

Cornelis Teeling als Lehrkraft für Schlagzeug im Fachbereich 2

## Zu Akademischen Räten ernannt wurden:

Dr. Hilke Günther-Arndt, bisher wissenschaftliche Assistentin im Fachbereich 3.

Dr. Rüdiger Meyenberg, bisher wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 3.

## Einstellungen im Dienstleistungsbereich

Ingrid Hettmann als Angestellte im Dezernat 1.2  
Dietgard Weber als Angestellte im Fachbereich 5


## Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Carsten Bock als Aushilfsgärtner im Botanischen Garten.



**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
TEL. (0441) 71001

**Anna Thye**  
Buchhandlung  
Inh. Gottfried Sieler  
Gegr. 1. 9. 1800  
29 OLDENBURG  
Schloßplatz 21 / 22  
Postfach 4780  
Ruf (0441) 25288



**Schreibmaschinen**  
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.  
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM  
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM  
Kugelkopfschreibmaschinen ab 490 DM  
Elektronische Typenrad-Schreibmaschinen ab 1080 DM  
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.  
Verkauf und Service in Oldenburg:  
**ERLBECK**  
BÜROTECHNIK  
Donnerschwer Straße 91  
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

**TABULA**  
BUCHLADEN  
IM  
HERBERT  
GANG

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.  
**Dipl.-Optiker WALTER**  
Inh. W. D. Heß  
staatl. gepr. Augenoptiker  
Fachmännische Beratung  
Kurwickerstr. 34/ Ecke Mollenstr. - Hauptstr. 35  
Telefon (0441) 13070

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
\*  
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
**B&G**  
1871 1971  
BUCHHANDLUNG  
BÜLTMANN & GERRIETS  
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
Postfach 141

**2 Stunden**  
Examensarbeiten-Service  
Fotokopien DIN A 4  
Buchbindarbeiten  
Zeitschriften Berichte  
**HENCKUS**  
Buchbinderei  
Edewechter Landstraße 50  
29 Oldenburg  
Telefon 0441-50 2397



**Jaciform**  
Das ist der superbequeme Jacoform-Schuh. So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei **EGGERS**  
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe  
Edewechter Landstraße 89  
Telefon 50 27 63  
Mittwoch nachmittags geschlossen



Alles das,  
was Kreative und Bastler so täglich für ihre Arbeit und für's Hobby gebrauchen, bekommt man mit dem  
Studienausweis preisgünstig im Fachgeschäft  
**Spanhake**  
29 oldenburg · lange straße 48  
beim rathaus · ruf 04 41 / 2 74 88

Kopieren · Sortieren · Einbinden  
**KOPIERDIENST**  
KOPIER-AUFTRAG-SERVICE  
Examensarbeiten schnell u. gut  
Ammerländer Heerstraße 88  
Fernsprecher 0441/7 63 74  
KOPIERPREIS  
je Stück  
DIN A 4 DM **0,12**

Landessparkassen-Immobilien dienst  
**ÖBS** Immobilien GmbH  
OLDBURG, MARKT, RUF 0441/2371  
Landesbausparkasse der Sparkassen

Mit der ÖBS den Grundstein legen.  
**ÖBS** Öffentliche Bausparkasse  
OLDBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN